

Eingangsstatement auf dem ISPA Summit 2025

Oxford-style Debatte zur These: „Kriminalität ist der Preis der Freiheit. Darknet, Überwachung und Anonymität“ mit den Chef des Inlandsgeheimdienst, Prof für ITSicherheit, Vertreter der Staatsanwaltschaft und epicenter.works¹.

11. September 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen dank für die Einladung. Es freut mich sehr hier die Rolle des Befürworters der Freiheit einnehmen zu dürfen. Wir diskutieren heute eines der zentralen Themen unserer Zeit. Denn in Informationsgesellschaften ist der staatliche Zugriff auf unser Daten gleichbedeutend mit dem staatlichen Einblick in das Privateste jedes Menschen.

Die jüngere Innenpolitische Geschichte Österreichs hat das recht deutlich gemacht.

Die Grenze der staatlichen Kompetenzen und des dazugehörigen Rechtsschutz ist nämlich genau das, was liberale Demokratien von autokratischen Staaten unterscheidet. Sind solche Überwachungssysteme einmal gebaut und ist der staatliche Zugriff auf das Private gewährt, dann ist man oft nur eine Wahl davon entfernt, dass Oppositionelle, Journalist:Innen oder NGOs ins Visier geraten. Ja die letzte Wahl in Österreich sollte uns ein mahnendes Beispiel sein und die USA sind Beleg dafür, wie schnell es danach gehen kann.

Wenn es bisher noch nicht deutli - ch wurde, ich glaube nicht an die uns vorgegebene Fragestellung. Ich widerspreche der Prämisse, dass wer Überwachung ablehne eine Kriminalität zu befürworten hätte. Ganz im Gegenteil fordert unser Verein – und ich glaube auch große Teile der ISPA – seit über 15 Jahren eine **faktenbasierte Sicherheitspolitik** und dazu gehört natürlich auch eine **Überwachungsgesamtrechnung**.

Denn es ist eben nicht so wie in der Fragestellung insinuiert, dass die Freiheit zu leiden hätte, wenn wir Sicherheit erzielen wollen. Diese zwei Werte befinden sich nicht in kommunizierenden Gefäßen. So viel ist gut für die Sicherheit, was eben nicht auf Kosten der Freiheit geht – Prävention, Integration, Deradikalisierung, sozialer Zusammenhalt, Bildung, klassische Polizeiarbeit anhand vorhandener Spuren oder ein schärferes Waffenrecht wurden zwar bisher in keinem der öffentlich diskutierten Anlassfälle ausgenutzt, doch trotzdem fordert man aus der Ecke des Innenministerium reflexartig die radikalsten Maßnahmen. Fast so als wäre das Ziel dieser Politik nicht die Sicherheit, sondern möglichst laute Kritik von der Ecke der Grundrechte, so als würde das allein schon als Beleg für die Effektivität des eigenen Handelns ausreichen.

Eine absolute Sicherheit ist nicht erzielbar. Nichtmal die NSA mit ihrer lückenlosen Überwachung konnte die Anschläge vom Boston Marathon in 2013 vorhersehen und Russland konnte nicht die islamistischen Anschläge von 2017 oder 2024 verhindern. Kein Terroranschlag – egal wie grausam

1 <https://www.ispa.at/news-events/internet-summit-austria/internet-summit-austria-detailansicht/internet-summit-austria-2025/>

und verachtenswert er ist und nicht einmal wenn er unser Parlament oder unseren Verfassungsgerichtshof in die Luft gesprengt würden – kann das unsere liberale Demokratie abschaffen. Die Reaktion einer Gesellschaft auf solche Gräueltaten ist aber durchaus dazu in der Lage Freiheit und Rechtsstaat abzuschaffen. Richtig gemacht hat es der damalige Premier und spätere NATO Generalsekretär Jens Stoltenberg als er auf die rechtsextremen Anschläge von Anders Breivik reagierte mit „The Norwegian response to violence is more democracy, more openness and greater political participation.“

Schauen wir nach Österreich. Der Bundestrojaner ist das mit Abstand umstrittenste Überwachungsinstrument der letzten 10 Jahre. Fünf Anläufe hat es gebraucht ein solches Gesetz zu beschließen und ob dieses wie geplant 2027 in Kraft tritt, wird hoffentlich demnächst der VfGH entscheiden.

Wieso diese **Fetischisierung einer Überwachungsmethode als Allheilmittel**? Der Bundestrojaner hat wohl wie kaum eine andere Überwachungsart die Höchstgerichte weltweit beschäftigt. Ein Instrument das gegen Journalist:innen in Ungarn, Staatsanwält:innen in Griechenland, Aktivist:innen in Polen und Oppositionelle ***sowie auch den*** Regierungschef in Spanien eingesetzt wurde. Wenn ich nach Österreich schaue, sehe ich da durchaus auch Missbrauchspotential.

Ein Bundestrojaner ist ein Weg auf einzelne Geräte zuzugreifen, indem man sie von Grund auf hackt. Dieser Weg braucht offene Sicherheitslücken und die gefährden immer auch die Geräte von Millionen unbescholtenen, unbeteiligten Menschen, die zufällig auch ein Handy von Samsung, Apple oder Google haben.

Um's deutlich zu sagen: **Ein Bundestrojaner ist immer auch eine Massengefährdung**. Durch so eine Spionagesoftware werden gängige Betriebssysteme angreifbar und das hat schon zu Ausfällen kritischer Infrastruktur geführt, zB die Bahn in Deutschland ist nicht gefahren, Mobilfunken in Spanien waren offline und Krankenhäuser in Großbritannien mussten Patient:innen wegschicken². Allein in Deutschland beläuft sich der **Schaden durch Ransomware laut Bundeskriminalamt auf 11 Milliarden Euro**. Diese Ransomwaretrojaner nutzen Schwachstellen von Bundestrojanern, die diese mit Steuergeld gekauft und bewusst offen gelassen haben.

Wieso glauben wir, dass ein Bundestrojaner gut für die Sicherheit ist? Vielleicht ist die Fragestellung dieser Diskussion falsch. Ist nicht Kriminalität der Preis der Freiheit, sondern was wenn die Cyberkriminalität der Preis dieser angeblichen „Sicherheit“ ist?

Wenn wir gleich hören werden, dass Österreich nicht die USA sind und wir dem Staat ja vertrauen sollen, dann lassen Sie uns noch kurz über die Art der Debatte zu Überwachung im Land sprechen.

2 <https://de.wikipedia.org/wiki/EternalBlue>

Ich erinnere mich an einen Sonntag im Hochsommer. Es war der 10. August 2025. Der bis dahin heißeste Tag des Monats mit 33 Grad. Alle waren auf Ferien, auch das Parlament. Kein Ministerrat, keine Opposition, kaum wer da um sich aufzuregen.

Genau an dem Sonntag hat Innenminister Karner für Furore gesorgt, mit seiner Ankündigung die Videoüberwachung in Österreich einfach so zu verüffentlichen. +500% das sind mehr als 100 öffentliche Plätze wo bald in Echtzeit aufgrund des Sicherheitspolizeigesetzes zugeschaut wird.

Die Basis für die Ausweitung der Videoüberwachung ist keine gesetzliche Änderung und es wurde auch nichts im Ministerrat beschlossen, sondern ein Erlass des Ministers. Fun Fact: Das BMI veröffentlicht seine Erlässe nicht, alle anderen Ministerien tun das schon, zumindest bei wichtigen Sachen. Obwohl Innenminister Karner bei Armin Wolf in der ZiB2 am 14. August versprach diesen Erlass zu veröffentlichen³, tat er das nicht und sein Ministerium hat mir am 28. August schriftlich bestätigt, dass man das auch nicht vor hat.

Wir führen also eine Debatte über Sicherheit und Freiheit auf Basis von geheimen Dokumenten, die uns auch in Zeiten des Informationsfreiheitsgesetz vorenthalten werden⁴. Typisch Österreich, die Behörden haben alles richtig gemacht.

Aber vielleicht ist es das ja wert? Schützt der Bundestrojaner uns vor schwerer Kriminalität? Naja, wenn wir ins Ausland schauen – **eher nicht**. Überall dort wo es ihn gibt, gibt es auch laute Forderungen der Sicherheitsbehörden nach **noch mehr Kompetenzen**. Die Chatkontrolle auf EU Ebene ist ein Bsp. Ein Vorschlag zu dem **alle Parteien im Nationalrat** ihre Ablehnung mit einem bindenden Antrag im EU-Unterausschuss zum Ausdruck gebracht haben. Denn es gibt ein zu viel an Überwachung. Überwachung ist wie CO2 a bissl davon kann toll sein, aber zu viel über eine ganze Bevölkerung und die Grundlage unseres Zusammenleben ändert sich. Das nennt man Chilling Effekt.

Aber es endet nicht hier. Die Vorratsdatenspeicherung soll bald auf EU Ebene ein Revival erleben. Vorratsdatenspeicherung, das ist die anlasslose Massenüberwachung der gesamten Bevölkerung. Die haben wir als ehemaliger AK Vorrat stark bekämpft, noch etwas das uns mit der ISPA vereint. 2014 hat der EuGH uns recht gegeben und das Gesetz als Verfassungswidrig aufgehoben. Danach gab es drei weitere EuGH Urteile gegen die Vorratsdatenspeicherung.

Moment! Ich glaube, ich sehe ein Muster.

Vier EuGH Urteile gegen die Vorratsdatenspeicherung⁵. Fünf Anläufe einen Bundestrojaner zu legalisieren⁶. Sechs EU-Ratspräsidentschaften, die an der Chatkontrolle gescheitert sind⁷. Eine

3 <https://youtu.be/ZBBy7l1Adz4?t=729>

4 <https://fragdenstaat.at/anfrage/erlass-zur-videoueberwachung/>

5 C-293/12 & C-594/12, C-511/18, C-512/18 und C-520/18, C-793/19, C-794/19 u.a und C-470/21.

6 2016, 2017, 2018, 2024 und 2025

7 CSAR wurde Mai 2022 am Ende der französischen Ratspräsidentschaft präsentiert. Verhandelt wurde es bisher unter Tschechien, Schweden, Spanien, Belgien, Ungarn und Polen.

faktenbasierte Sicherheitspolitik würde sich nicht **die Verfassung** und **technische Realität** als **Feind aussuchen**.

Vielen dank!